

Gemeinsam oder allein?

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung
zu Multilateralismus und internationaler Zusammenarbeit



Nach Ansicht von **47 %** der Deutschen hat Deutschland im Zuge der Globalisierung die Kontrolle über die Gestaltung seiner Politik verloren

67 % der Deutschen wissen nicht, was der Begriff Multilateralismus bedeutet
42 % geben an, den Begriff noch nie gehört zu haben

In Deutschland befürworten **96 %**, in Frankreich **92 %**, dass ihr Land bei der Lösung globaler Herausforderungen mit anderen Staaten zusammenarbeiten sollte

46 % der Deutschen, aber nur **23 %** der Französinnen und Franzosen finden, dass die EU-Mitgliedschaft Vorteile für ihr Land bringt

Aus fünf globalen Herausforderungen sehen **53 %** der deutschen und **52 %** der französischen Befragten beim Klimawandel den größten Handlungsbedarf für die internationale Politik

79 % der Deutschen sind der Meinung, dass Deutschland mehr zur Lösung globaler Probleme beitragen sollte als wirtschaftlich schwächere Länder

Gemeinsam oder allein?

Die Deutschen und der Multilateralismus

Klimawandel, Terrorismus, Digitalisierung, Migration – viele der gegenwärtigen Herausforderungen kennen keine Grenzen. Sie zu lösen erfordert, dass die Weltgemeinschaft an einem Strang zieht. Gleichzeitig befindet sich die multilaterale Ordnung im Wanken: Rund um den Globus zeigen sich Renationalisierungstendenzen, internationale Abkommen werden aufgekündigt, populistische und globalisierungskritische Bewegungen gewinnen an Zulauf, und die Budgets für internationale Organisationen werden gekürzt. Kollektives Handeln scheint auf dem Rückzug.

Als global vernetzte Mittelmacht profitiert Deutschland überdurchschnittlich von einer kooperativen und regelbasierten internationalen Ordnung. Nicht zuletzt deshalb hat es sich die Bundesregierung zum Ziel gesetzt, multilaterale Strukturen zu stärken und der Erosion des internationalen Systems entgegenzuwirken. Als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (UN) hat Deutschland 2019 und 2020 außerdem die Gelegenheit, direkt auf die »großen Themen« der internationalen Politik Einfluss zu nehmen und das selbst gesteckte Ziel von mehr internationaler Verantwortung mit Leben zu füllen.

Aber welche Themen erachten die BürgerInnen als drängend? Welche Handlungsrahmen werden zu ihrer Lösung bevorzugt? Sehen Deutsche in der Globalisierung vorwiegend Vor- oder Nachteile? Und wie groß ist die grundsätzliche Unterstützung für multilaterales – also kooperatives und gleichberechtigtes – Handeln?

Um diese und andere Fragen zu beantworten, hat die Körber-Stiftung eine repräsentative Umfrage in Deutschland durchführen lassen. In Kooperation mit dem Institut Montaigne wurden ausgewählte Fragen auch in Frankreich – ein enger Partner Deutschlands in der internationalen Politik – gestellt.

Die zentralen Ergebnisse:

- **Eine überwältigende Mehrheit unterstützt internationale Kooperation**, selbst wenn nationale Interessen zunächst zurückgestellt werden müssten. Doch weder der Begriff »Multilateralismus« noch die dazugehörigen internationalen Organisationen sind vielen Deutschen bekannt.
- **Die Deutschen stehen der Globalisierung mehrheitlich positiv gegenüber**. Ein Großteil beobachtet positive Auswirkungen sowohl für Deutschland als auch für sich selbst. Dennoch ist knapp die Hälfte der Befragten der Meinung, dass die Bundesrepublik Kontrolle über ihre Politikgestaltung einbüßt.
- **Deutsche und französische Befragte sind sich in vielen Dingen einig – aber nicht in allen**. Ein wichtiger Unterschied: Unterstützung für die Europäische Union (EU) ist in Deutschland wesentlich stärker ausgeprägt als in Frankreich.
- **Der Klimawandel wird von der deutschen und französischen Bevölkerung als drängendste Herausforderung gesehen**. Terrorismus, kriegsrische Konflikte, Cyber-Bedrohungen, aber auch Migration spielen eine wesentlich geringere Rolle.

Die detaillierten Ergebnisse sowie den Tabellenband zur Umfrage können Sie auf www.koerber-stiftung.de/umfrage-multilateralismus abrufen.

DATENBASIS:

1000 Personen in Deutschland; 1020 Personen in Frankreich, jeweils Wahlberechtigte ab 18 Jahren im Zeitraum zwischen dem 1. bis 15. April 2019
Stichprobe / Erhebungsverfahren: Repräsentative Zufallsauswahl, Dual Frame / Telefoninterviews (CATI)
Interviews in Deutschland: KANTAR PUBLIC Deutschland;
Interviews in Frankreich: KANTAR PUBLIC France im Auftrag von Institut Montaigne

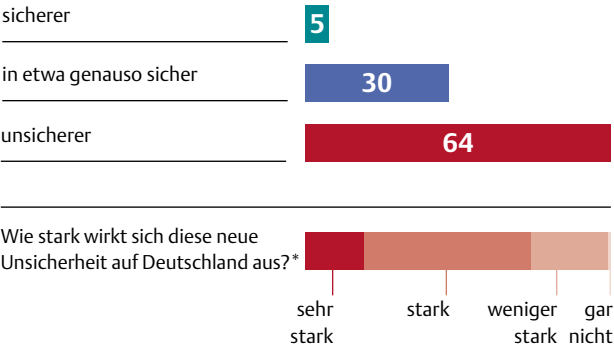
Zeitenwende: Eine neue Unsicherheit

Die Metapher einer »aus den Fugen geratenen Welt« ist seit einigen Jahren fester Bestandteil der deutschen Außenpolitik-Debatte. Das Gefühl einer Zeitenwende ist in der Bevölkerung angekommen: Fast zwei Drittel der Deutschen finden das Weltgeschehen 2019 unsicherer als 2014. Nur 5 Prozent verspüren einen Sicherheitsgewinn. Drei Viertel der Befragten, die wachsende Unsicherheit beobachten, diagnostizieren starke oder sehr starke Auswirkungen auf Deutschland.

Dabei gilt: (Gefühlte) Unsicherheit steigt mit dem Alter. 7 von 10 der über 65-Jährigen finden die Welt 2019 instabiler, aber nur gut die Hälfte der 18- bis 34-Jährigen. Besonders stark wird eine unsichere Weltlage von Personen wahrgenommen, die multilateraler Kooperation insgesamt skeptisch gegenüberstehen (86%), die Nachteile durch Globalisierung erfahren haben (84%) oder die der AfD nahestehen (84%).

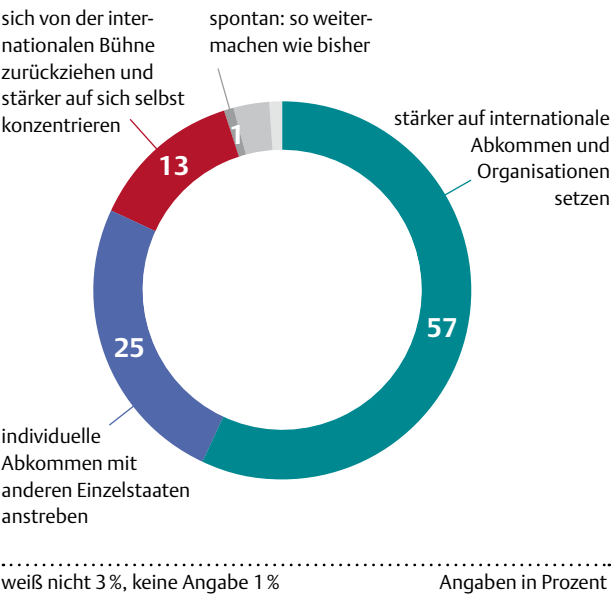
Wie sollte auf diese »neue Unsicherheit« reagiert werden? Die Deutschen sind sich uneinig: Mehr als die Hälfte unterstützt ein stärkeres Vorgehen im Rahmen internationaler Organisationen und Abkommen (57%),

Wenn Sie das heutige Weltgeschehen mit dem Weltgeschehen von vor fünf Jahren vergleichen, wie würden Sie es dann heute einstufen?



* Befragt wurde nur, wer zuvor mit »unsicherer« antwortete
weiß nicht 1 %
Angaben in Prozent

Man hört und liest ja momentan immer wieder, dass die internationale Ordnung bröckelt. Wie sollte sich Deutschland Ihrer Meinung nach verhalten? Sollte Deutschland ...



ein Viertel bevorzugt individuelle Abkommen mit Einzelstaaten, und knapp jeder Sechste möchte, dass sich Deutschland vorrangig auf sich selbst konzentriert. Auffällig sind Unterschiede hinsichtlich des Bildungsstandes und der Parteipräferenz: Drei Viertel der Befragten mit Abitur oder Fachhochschulreife sprechen sich für stärkeres Engagement im internationalen Verbund aus, aber nur 45 Prozent derer mit Volks- oder Hauptschulabschluss. Im Gegenzug fordern nur 4 Prozent derer mit Abitur, dass Deutschland sich auf sich selbst konzentriert, jedoch 24 Prozent der Volks- oder HauptschulabsolventInnen. Unter den ParteianhängerInnen von B'90/DIE GRÜNEN (76%), SPD (66%) und DIE LINKE (63%) ist der Zuspruch für internationales Engagement besonders hoch, AfD-AnhängerInnen setzen überdurchschnittlich stark auf bilaterale Abkommen (41%) oder den Rückzug Deutschlands von der Weltbühne (33%).

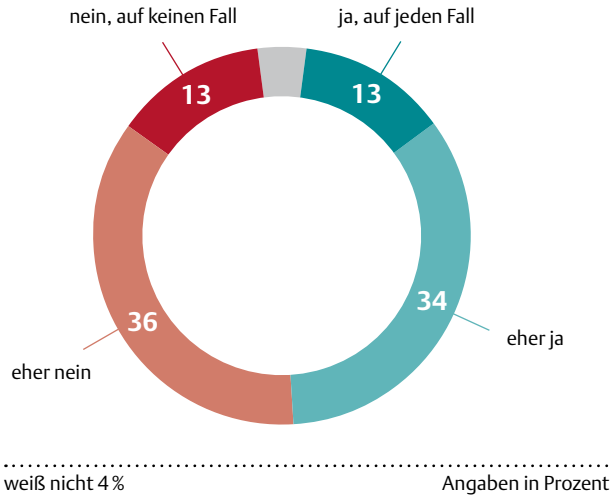
Globalisierung? Gut. Kontrollverlust? Vielleicht.

In Zeiten globaler Umbrüche glaubt die Mehrheit der Deutschen, dass die Globalisierung für Deutschland eher Vorteile gebracht hat (57%), 3 von 10 Befragten sehen eher Nachteile. Auffällig sind die Unterschiede nach Parteipräferenz: Nur 9 Prozent der AfD-SympathisantInnen sehen positive Auswirkungen (AnhängerInnen aller anderen Parteien 62–74%). In den westdeutschen Bundesländern nimmt ein höherer Anteil der Bevölkerung Vorteile wahr (60%) als in den ostdeutschen Ländern (48%). Keine nennenswerten Unterschiede gibt es zwischen den Altersgruppen sowie zwischen Stadt- und Landbevölkerung.

Bei den persönlichen Auswirkungen von internationaler Verflechtung sind die Deutschen skeptischer. Nur 46 Prozent erleben positive Effekte. Eine von 6 Personen empfindet keine Konsequenzen. Auch hier unterscheiden sich Ost und West: Während in den westdeutschen Bundesländern ein Fünftel meint, Globalisierung habe für sie oder ihn persönlich eher Nachteile gehabt, so trifft dies für beinahe jede dritte Person in Ostdeutschland zu. Als die größten »Globalisierungsgewinner« sehen sich WählerInnen von B'90/DIE GRÜNEN (68%). Die Zustimmung bei AnhängerInnen von CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE rangiert bei etwa 50 Prozent. Von den WählerInnen der AfD erleben nur 8 Prozent Vorteile durch Globalisierung.

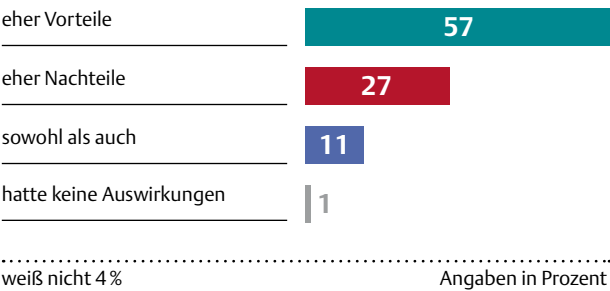
Obwohl eine Mehrheit der Deutschen der Globalisierung positive Effekte zuschreibt, ist die Bevölkerung

Hat Deutschland im Zuge der Globalisierung die Kontrolle über die Gestaltung seiner Politik verloren?

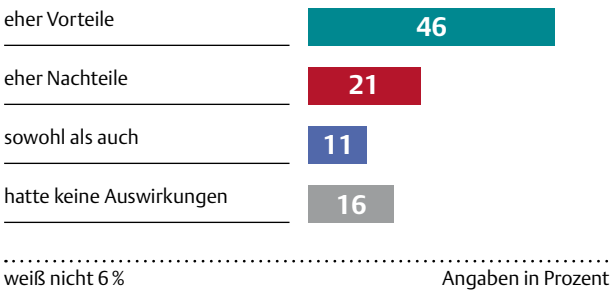


gespalten bei der Frage, ob Deutschland in ihrem Zuge die Kontrolle über seine Politikgestaltung verloren hat. Hier ist es unerheblich, ob die Befragten im städtischen oder ländlichen Raum leben, wichtig aber ob im Westen oder Osten: In den westdeutschen Ländern diagnostizieren 43 Prozent einen Kontrollverlust, in den ostdeutschen sogar 60 Prozent. Auch zwischen den WählerInnen der unterschiedlichen Parteien herrschen große Divergenzen: 9 von 10 AfD-SympathisantInnen empfinden einen Kontrollverlust, aber nur 31 Prozent der FDP- und 35 Prozent der B'90/DIE GRÜNEN-AnhängerInnen.

Hat die Globalisierung der letzten Jahre für Deutschland eher Vorteile oder eher Nachteile gehabt?

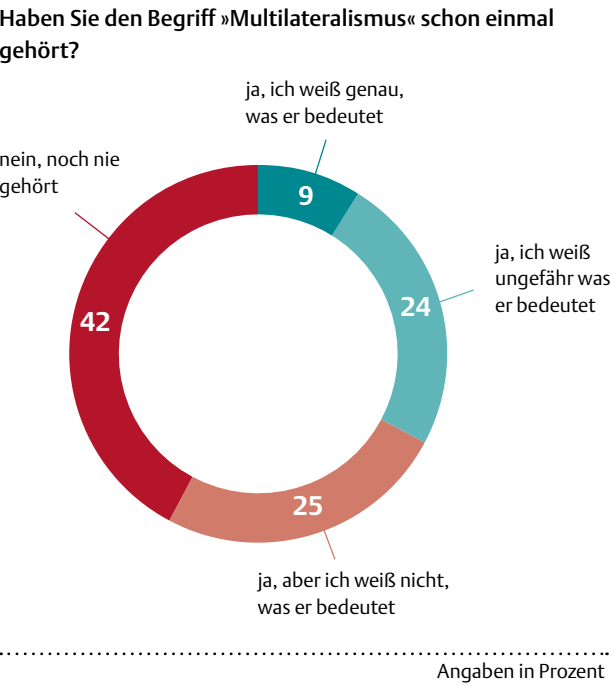


Hat die Globalisierung der letzten Jahre für Sie persönlich eher Vorteile oder eher Nachteile gehabt?

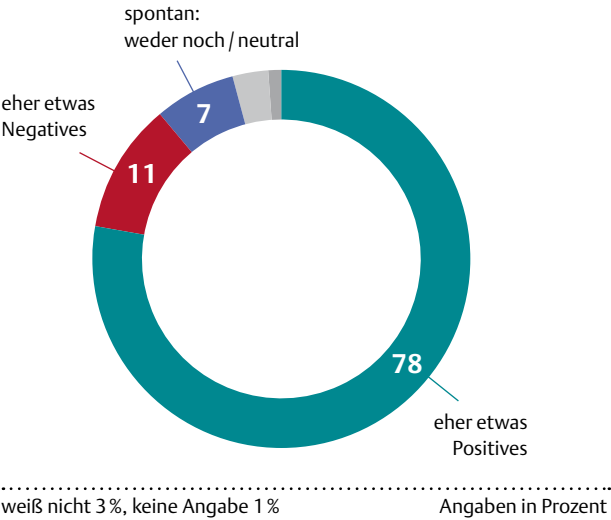


Multilateralismus: (K)eine Ahnung?

Die Debatte über die Erosion und Wiederbelebung der multilateralen Ordnung beschäftigt außenpolitische Akteure. Die Ergebnisse der vorliegenden Umfrage zeigen deutlich, dass die Bevölkerung bislang nicht Teil der Diskussion ist: Zwei Drittel der Befragten geben an, dass sie den Begriff »Multilateralismus« entweder noch nie gehört haben oder nicht wissen, was er bedeutet. Auffällig sind die Unterschiede zwischen den Altersgruppen: 45 Prozent der über 65-Jährigen behaupten, dass sie die Bedeutung des Begriffs kennen, allerdings nur 23 Prozent der 18- bis 34-Jährigen. Nach Assoziationen zum Wort »Multilateralismus« gefragt, sind korrekte Antworten rar – obwohl jede dritte befragte Person angibt, mit dem Konzept vertraut zu sein. Nur etwa 10 Prozent der Nennungen beziehen sich auf die Essenz von Multilateralismus, nämlich gemeinschaftliches Handeln von mehreren Staaten.



Der Begriff »Multilateralismus« beschreibt in der Politik das kooperative und prinzipiell gleichberechtigte gemeinsame Handeln von drei oder mehr Staaten. Verbinden Sie damit eher etwas Positives oder etwas Negatives?



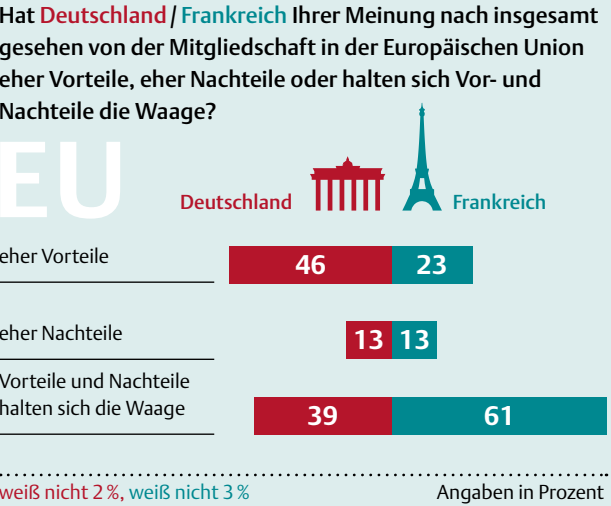
50 % der Deutschen geben an, dass sie nichts mit dem Wort »Multilateralismus« assoziieren

Ausgestattet mit einer Definition des Begriffs, zeigen sich die Deutschen jedoch als große Unterstützer multilateralen Handelns. 4 von 5 Deutschen verbinden mit dem »kooperativen und prinzipiell gleichberechtigten gemeinsamen Handeln von drei oder mehr Staaten« etwas Positives – und zwar in allen Altersgruppen. Die höchste Zustimmungsrate findet sich bei B'90/ DIE GRÜNEN-AnhängerInnen (91 %), die niedrigste bei WählerInnen der AfD (50 %). Weiterhin verbinden »Globalisierungsgewinner« in großer Mehrheit etwas Positives mit multilateralem Handeln (91 %), ein Drittel der »Globalisierungsverlierer« jedoch etwas Negatives.

Gemischte Gefühle: Deutschland und Frankreich in EU und UN

Die EU und die UN stehen für zwei Modelle multilateraler Kooperation. Beide Institutionen genießen in Deutschland und in Frankreich Zustimmung, jedoch in unterschiedlicher Ausprägung. Fast die Hälfte aller deutschen Befragten meint, dass ihr Land durch die Mitgliedschaft in der EU eher Vorteile genießt.* In Frankreich findet dies nur ein Viertel. Andersherum sehen nur 28 Prozent der Deutschen primär Vorteile in der UN-Mitgliedschaft ihres Landes, in Frankreich liegt der Wert bei 35 Prozent. In beiden Staaten fällt die Zahl der Unentschiedenen hoch aus, die in der EU- und UN-Mitgliedschaft sowohl Vor- als auch Nachteile sehen. Für die EU behaupten dies

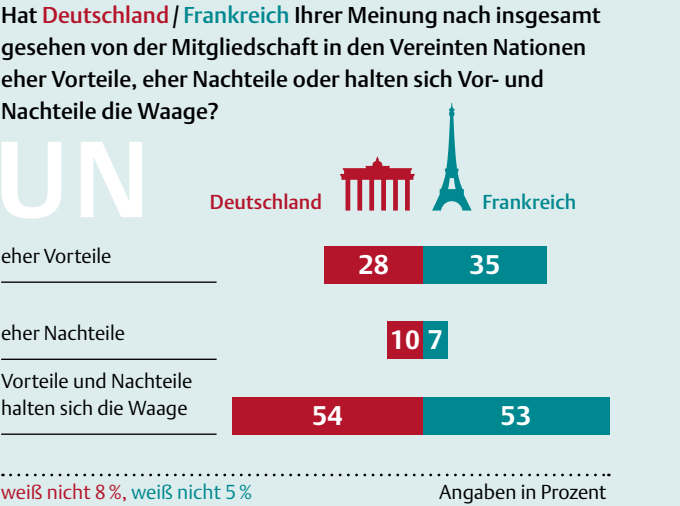
42 % der WählerInnen von La République en Marche sehen Vorteile in einer EU-Mitgliedschaft, aber nur 9% der WählerInnen des Rassemblement National



* Dies ist ein deutlicher Anstieg zum Jahr 2016, als nur 39 Prozent der Deutschen eher Vorteile in der EU-Mitgliedschaft sahen. Vergleiche Umfrage »Zweifel oder Zuversicht?«, verfügbar unter www.koerber-stiftung.de/europa-umfrage

56 % der SPD-WählerInnen fordern mehr Engagement in der EU, aber nur 42 % der CDU/CSU-WählerInnen

39 Prozent der deutschen und 61 Prozent der französischen Interviewten, für die UN 54 bzw. 53 Prozent. Sowohl für die EU als auch für die UN fordern 42 Prozent der Deutschen mehr Engagement, ähnlich viele finden ein gleichbleibendes Niveau erstrebenswert. Obwohl französische Befragte im Durchschnitt weniger Vorteile in der EU-Mitgliedschaft ihres Landes sehen, sind die Werte hier vergleichbar (42 % »mehr engagieren«, 37 % »wie bisher«). Anders bei den UN: Hier sähen nur 36 Prozent der befragten Personen in Frankreich gerne ein gesteigertes Engagement, knapp die Hälfte würde das aktuelle Niveau gerne beibehalten.



Globale Herausforderungen: #FridaysForFuture wirken

Seit einigen Monaten demonstrieren (nicht nur) SchülerInnen für eine bessere Klimapolitik. Sie können sich der Unterstützung der deutschen und französischen Bevölkerung sicher sein – aus allen Altersklassen. Mehr als die Hälfte der Befragten in beiden Ländern erachtet den Klimawandel als aktuell drängendste Herausforderung für die internationale Politik. Bei anderen grenzüberschreitenden Themen wird der Handlungsbedarf als deutlich weniger akut wahrgenommen. Auf dem letzten Platz liegen in beiden Staaten Cyber-Bedrohungen (5 bzw. 4%).

Besorgnis mit Blick auf Migration ist auf beiden Seiten des Rheins zurückgegangen. Nur eine von 10 interviewten Personen sieht hier den größten Handlungsbedarf. Uneins ist die deutsche und französische Bevölkerung bei zwei Themenfeldern: Während in Deutschland 17 Prozent den größten Handlungsbedarf bei kriegerischen Konflikten sehen, hat das Thema in Frankreich nur bei 7 Prozent Priorität. Deutlich dringlicher scheint dort das Vorgehen gegen Terrorismus. Ein Viertel aller französischen Interviewten sieht hier den größten Handlungsbedarf (Deutschland: 14%).

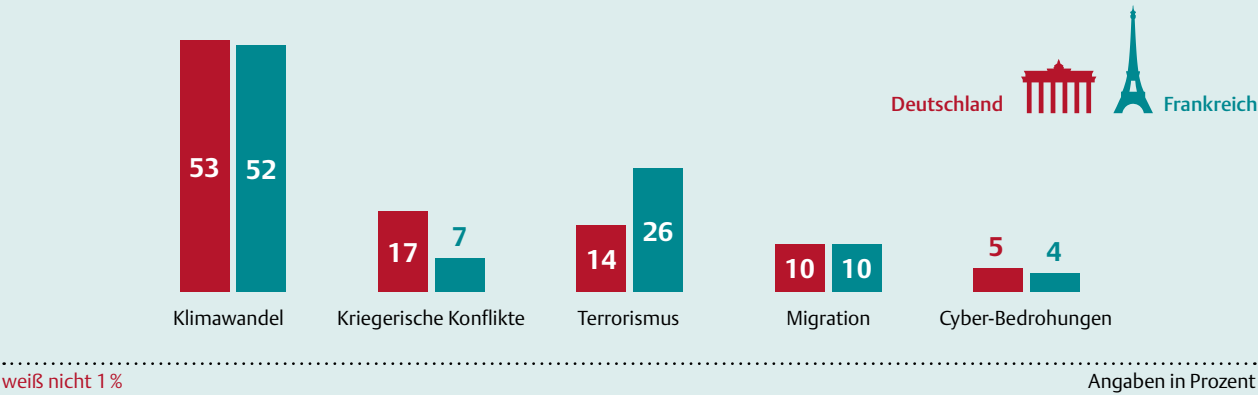
Die Erkenntnis, dass grenzüberschreitende Phänomene transnationale Lösungen erfordern, ist in der

Bei **4** der **5** genannten Herausforderungen sind die Vereinten Nationen der bevorzugte Handlungsrahmen

deutschen und französischen Bevölkerung verankert. Multilaterale Ansätze sind das Mittel der Wahl, um die genannten Herausforderungen anzugehen: In beiden Ländern sehen Befragte die UN als den vorrangigen Handlungsrahmen bei der Lösung von Klimawandel, kriegerischen Konflikten, Terrorismus und Cyber-Bedrohungen. Lediglich beim Thema Migration liegt die EU vorn. Gleichzeitig spricht sich bei Migrationsfragen ein größerer Anteil als bei anderen Themen für nationale Lösungen aus, obwohl auch hier multilaterale Ansätze mehrheitlich unterstützt werden.

Französische Befragte sind insgesamt geneigter als deutsche, auch Ad-hoc-Koalitionen mit ausgewählten Partnern einzugehen. Bei drei von fünf Themen sind spontane Allianzen als Handlungsrahmen beliebter als die EU. Deutsche sind zurückhaltender: Sie geben der EU meist den Vorzug vor flexiblen Formaten.

Bei welchem der fünf genannten Themen besteht Ihrer Meinung nach der größte Handlungsbedarf für die Welt?



Internationale Kooperation um (fast) jeden Preis

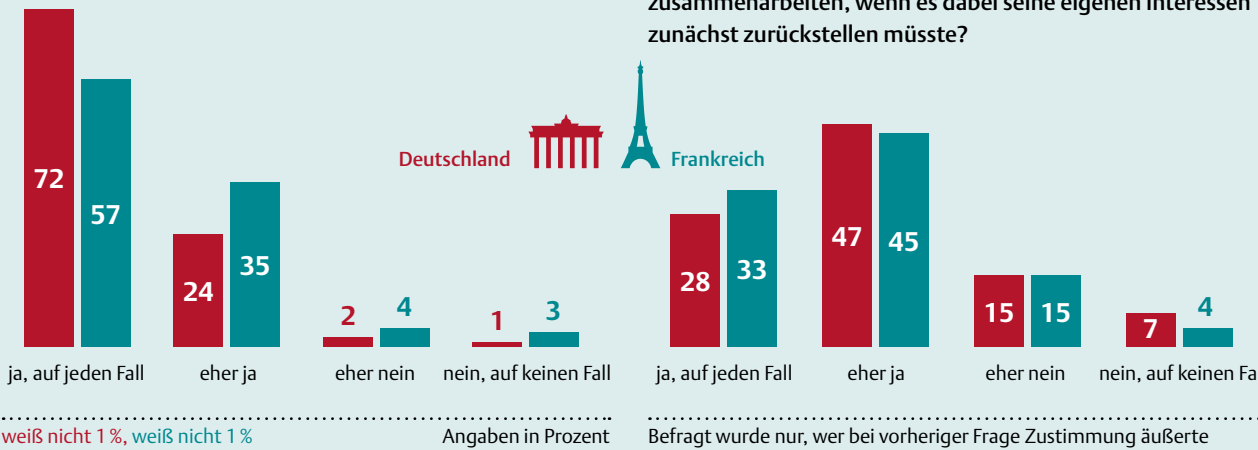
Grundsätzlich sind sich Deutsche und Franzosen also einig: Internationale Zusammenarbeit zur Lösung globaler Herausforderungen ist eine gute Sache. In beiden Ländern sprechen sich mehr als 9 von 10 Befragten für ein kooperatives Vorgehen ihres Landes aus. Deutsche sind sogar noch etwas überzeugter: 72 Prozent fordern, Deutschland solle »auf jeden Fall« mit anderen Staaten zusammenarbeiten. In Frankreich sagen dies lediglich 57 Prozent.

Kooperation bedeutet Kompromiss – dessen ist sich die Bevölkerung bewusst. Unter denen, die Kooperation befürworten, sprechen sich 3 von 4 Deutschen und 78 Prozent der französischen Befragten auch dann für internationale Zusammenarbeit aus, wenn ihr Land eigene Interessen zugunsten eines gemeinsamen Vorgehens zunächst zurückstellen müsste. In Deutschland weisen nur AfD-WählerInnen Kooperation unter diesen Bedingungen mehrheitlich zurück (55%; andere Parteien 8–23%). In Frankreich ist das Bild weniger eindeutig: Am höchsten ist die Ablehnung bei den WählerInnen der Republikaner (Les Républicains, 27%), gefolgt von denen der Nationalen Sammlungsbewegung (Rassemblement National, 22%; andere Parteien 11–19%).

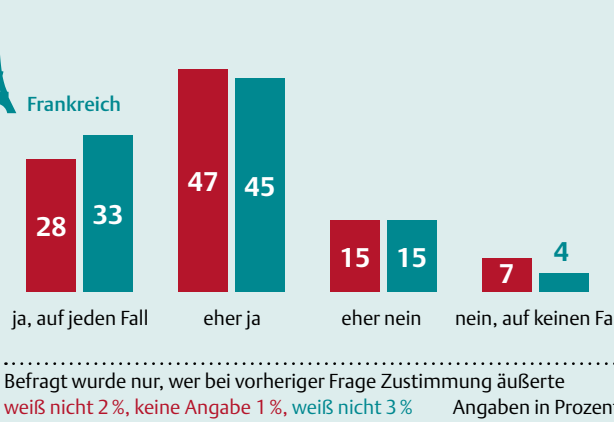
84 % in Deutschland
77 % in Frankreich
und befürworten eine wertegeleitete Außenpolitik

Einigkeit demonstriert die deutsche und französische Bevölkerung weiterhin bei der Frage, woran sich die Außenpolitik ihres Landes primär orientieren sollte. In beiden Staaten befürwortet eine große Mehrheit eine wertebasierte Außenpolitik (Deutschland: 84%, Frankreich: 77%). Stärker interessengeleitetes Vorgehen fordern in Deutschland mehrheitlich nur WählerInnen der AfD (50%; AnhängerInnen aller anderen Parteien 6–18%). In Frankreich ist die Unterstützung nationaler Interessen besonders hoch bei AnhängerInnen des Rassemblement National (33%) sowie der Républicains und der Demokratischen Bewegung (Mouvement démocrate et apparentés, jeweils 32%).

Sollte Deutschland / Frankreich bei der Lösung globaler Herausforderungen mit anderen Staaten zusammenarbeiten?



Sollte Deutschland / Frankreich selbst dann mit anderen Staaten bei der Lösung globaler Herausforderungen zusammenarbeiten, wenn es dabei seine eigenen Interessen zunächst zurückstellen müsste?



Deutschland auf der Weltbühne: Sicherlich im Sicherheitsrat

Ausdruck multilateralen Handelns ist Deutschlands Mitgliedschaft in Dutzenden von internationalen Organisationen, die unterschiedlich starken Einfluss auf das Leben der BundesbürgerInnen ausüben. Dennoch kann fast ein Viertel der Befragten aus dem Stegreif keine internationale Organisation benennen. Unter den erwähnten Institutionen gibt es drei klare Spitzenreiter: Knapp die Hälfte der Deutschen nennt die NATO (48%), 44 Prozent die UN und ein Drittel die EU vor dem Weltkinderhilfswerk UNICEF (12%) und der Weltkulturorganisation UNESCO (10%) auf den Plätzen 4 und 5. Alle weiteren Organisationen werden von weniger als 10 Prozent der Interviewten genannt. Einflussreiche Institutionen wie die Welthandelsorganisation WTO (3%), der Internationale Währungsfonds IMF (1%) und die Weltbank (1%) fallen nur einer Minderheit der Deutschen ein. Bei den Befragten, die »weiß nicht« als Antwort wählen, fällt der Unterschied zwischen den Geschlechtern auf: Während 86 Prozent der Männer mindestens eine internationale Organisation benennen, haben nur 69 Prozent der Frauen eine Antwort parat.

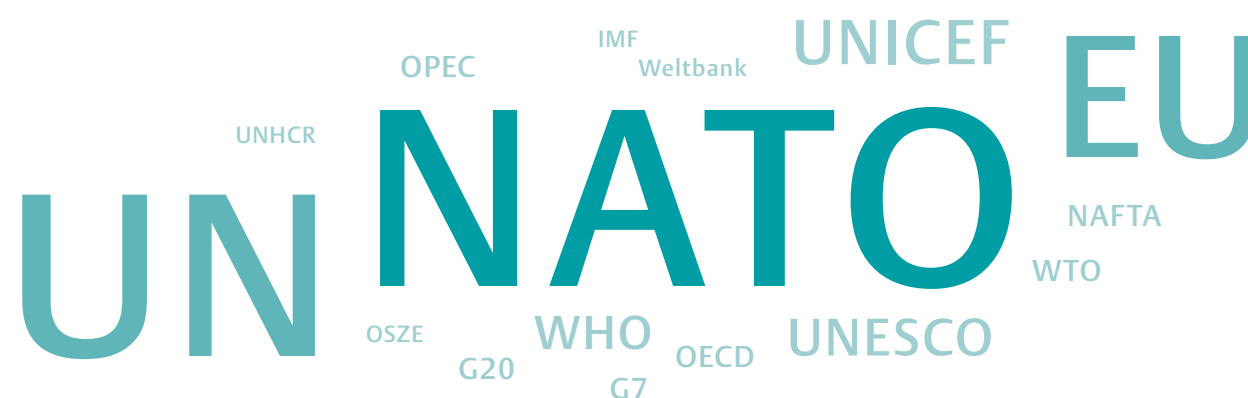
2019 und 2020 hat Deutschland einen nicht-ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, neben neun weiteren gewählten und den fünf ständigen Mitgliedern (China, Frankreich, Großbritannien,

32 % der Deutschen glauben,
dass Deutschland ständiges Mitglied im
Weltsicherheitsrat ist

Russland, USA). Diese machtvolle Position wird in der Bevölkerung jedoch nur begrenzt wahrgenommen: Mehr als die Hälfte der Deutschen ist sich nicht bewusst, dass die Bundesrepublik vorübergehend Mitglied im Weltsicherheitsrat ist. Etwa ein Drittel vermutet eine dauerhafte Mitgliedschaft, jede fünfte Person weiß keine Antwort. Überdurchschnittlich viele richtige Antworten geben Personen, die der FDP (61%), B'90/DIE GRÜNEN (56%) oder der SPD (53%) nahesteht. 43 Prozent der CDU/CSU-WählerInnen gehen hingegen von einer ständigen Sicherheitsratsmitgliedschaft aus. Ein Drittel der AfD-AnhängerInnen wählt »weiß nicht« als Antwort.

Alles in allem wird deutscher »Multilateralismus in Aktion« in der Bevölkerung also nur begrenzt wahrgenommen. Die große Unterstützung der Deutschen für internationale Kooperation steht in Diskrepanz zum tatsächlichen Wissen über die Gremien und Institutionen, die im Zentrum multilateralen Handelns stehen.

Welche internationalen Organisationen fallen Ihnen spontan ein?



Akteure vernetzen, konkrete Initiativen voranbringen und so die multilaterale Ordnung stärken – das sind die Ziele des Paris Peace Forum. Jährlich wiederkehrend bietet das Forum eine Plattform für mehrere Tausend TeilnehmerInnen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, die sich für eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bewältigung internationaler Herausforderungen einsetzen. Auf Initiative des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron beschäftigt sich das Paris Peace Forum mit Mechanismen und Instrumenten, die Frieden schaffen und bewahren.

In innovativen Veranstaltungsformaten diskutieren Staats- und Regierungschefs, RepräsentantInnen von internationalen Organisationen und Mitglieder der Zivilgesellschaft (Verbände, Nichtregierungsorganisationen, Thinktanks, Medien, Unternehmen etc.) konkrete Projekte, präsentieren Initiativen und suchen gemeinsam nach realisierbaren Lösungen.

Die Körber-Stiftung engagiert sich als Gründungsmitglied für das Paris Peace Forum, das von einem Verein nach französischem Recht (association loi de 1901) umgesetzt wird. Die weiteren Mitglieder sind das französische Außenministerium, das Institut français des relations internationales (IFRI), das Institut Montaigne, die Fondation nationale des sciences politiques (SciencesPo), die Mo Ibrahim Foundation, das Research and Information System for Developing Countries (RIS) und México Evalúa.

Programmleiterin: Ronja Scheler | scheler@koerber-stiftung.de
www.koerber-stiftung.de/paris-peace-forum



Körper-Stiftung

Gesellschaftliche Entwicklung braucht Dialog und Verständigung. Die Körper-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern »Innovation«, »Internationale Verständigung« und »Lebendige Bürgergesellschaft«. Die drei Themen »Technik braucht Gesellschaft«, »Der Wert Europas« und »Neues Leben im Exil« stehen derzeit im Fokus ihrer Arbeit.

1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körper ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute mit eigenen Projekten und Veranstaltungen national und international aktiv. Ihrem Heimatsitz Hamburg fühlt sie sich dabei besonders verbunden; außerdem unterhält sie einen Standort in Berlin.

Internationale Verständigung

Wo Missverständnisse und Sprachlosigkeit herrschen, entstehen Konflikte. Oft gründen sie in der Vergangenheit. Darum setzen wir uns für internationalen Dialog und ein tieferes Geschichtsverständnis ein. Wir wenden uns an politische Entscheidungsträger ebenso wie an Vertreter der Zivilgesellschaft und Kompetenzträger der jungen Generation. Geografisch fokussieren wir uns auf Europa und seine östlichen Nachbarn, den Nahen und Mittleren Osten sowie Asien, insbesondere China. Wir stärken länderübergreifend die lokale Auseinandersetzung mit Geschichte und initiieren Austausch über Erinnerungskulturen. In unseren außen- und sicherheitspolitischen Formaten schaffen wir geschützte Räume für vertrauensvolle Diskussionen. In den öffentlichen Formaten, mit Publikationen, Wettbewerben und Netzwerken wollen wir den Diskurs über die gemeinsamen Werte Europas und die Weiterentwicklung internationaler Zusammenarbeit beleben.

Körper-Stiftung

Hauptstadtbüro

Pariser Platz 4a

10117 Berlin

Telefon +49 · 30 206 · 267 - 60

Telefax +49 · 30 206 · 267 - 67

E-Mail ip@koerber-stiftung.de | Twitter @KoerberIP

facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs

Impressum

»Gemeinsam oder allein? Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage im Auftrag der Körper-Stiftung zu Multilateralismus und internationaler Zusammenarbeit«, durchgeführt von Kantar Public, 2019

Herausgeber: Körper-Stiftung, Hamburg

V.i.S.d.P.: Dr. Lothar Dittmer

Auswertung und Redaktion: Ronja Scheler, Christin Knüpfer

Coverillustration: Pia Bublies | piabublies.de

Gestaltung: Groothuis, Hamburg | groothuis.de

Druck: Hans Monno | monno.de